



Standbilder aus dem Beitrag „Flüchtlingsheime in Tirol“ der RAI-Tagesschau. Kamera: Bert Walsler

Zur zehnten Ausgabe der FLUCHTpunkt-Info

Mehr verfolgte, schutzsuchende Menschen als je zuvor haben nach Angaben des Flüchtlingshochkommissariats UNHCR im Jahr 2014 die höchst riskante Fahrt über das Mittelmeer auf sich genommen, die meisten Richtung Italien, zur kleinen Insel Lampedusa. Obwohl die italienische Regierung einen Kurswechsel vollzog, und mit der Operation „Mare Nostrum“ der Marine und Küstenwache den Auftrag erteilte, endlich nach internationalem Seerecht zu handeln und Flüchtlinge aus Seenot zu retten, und obwohl viele daher auch überlebten, starben dieses Jahr dennoch mehr denn je bei der riskanten Querung des Mittelmeeres. 3.419 Menschen kamen bis Mitte Dezember nach UNO-Angaben ums Leben, beim Versuch, mit nichts als ihrem nackten Leben in der Europäischen Union Schutz zu finden. Nachdem die EU nicht bereit war, die von Italien getragenen Kosten für die Rettungsaktion zu übernehmen, beschloss die italienische Regierung, Mare Nostrum Ende Oktober zu beenden. Stattdessen ist nun die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit der verstärkten Kontrolle des Mittelmeeres beauftragt: Eine Rettung auf Hoher See gehört nicht zu deren Aufgaben. Flüchtlingspolitische NGOs haben die Wiederaufnahme von Mare Nostrum mit EU-Mitteln und den Aufbau einer zivilen Seenotrettung im Mittelmeer gefordert.

FLUCHTpunkt schließt sich diesen Forderungen an und hat in dieser Ausgabe von FLUCHTpunkt-Info gebündelt zentrale migrations- und fluchtpolitische Positionen vor dem Hintergrund des vielfachen Kontaktes mit Schutzsuchenden veröffentlicht, die auf einer Klausur besprochen wurden: Wofür wir stehen.

Auf den folgenden Seiten finden sich daher auch Reflexionen zur gegenwärtigen Asylpolitik in der EU und in Österreich: etwa zur „Quoten-Debatte“, die unter der Prämisse eines „Lastenausgleichs“ geführt wird, und zum sogenannten Dublin-System, das es Schutzsuchenden vor allem erschwert, in die EU zu kommen.

Nicht nur über Lampedusa gelangen Menschen in die EU und in der Folge einige auch über den Fluchtweg Brenner nach Tirol – allerdings die meisten innerhalb weniger Stunden unfreiwillig wieder nach Italien zurück. Zunehmend mehr Schutzsuchende versuchen auch auf dem Seeweg von der Türkei nach Griechenland, über die Ägäis, die EU zu erreichen. Daher wäre auch auf diesem Meer eine Seenotrettung geboten. Wie es einem unserer Klienten in der Ägäis erging, wie dort die EU-Agentur Frontex agiert, dass das Überleben an Zufällen hängt, wird in dieser Info-Ausgabe berichtet: Die Erfahrung eines Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze.

(Fortsetzung auf Seite 2)

FLUCHTpunkt

Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge

Ein Projekt des Vereins arge-Schubhaft

Jahnstrasse 17, A-6020 Innsbruck

Tel. 0043-512-581488 E-mail: info@fluchtpunkt.org

Bankverbindung: Verein arge-Schubhaft, Konto-Nr.:03301122382 Tiroler Sparkasse, BLZ: 20503

Neue Öffnungszeiten der Koordinationsstelle:

Montag und Donnerstag von 10:00 – 14:00 Uhr offene Beratung, Nachmittags mit Terminvereinbarung

Flüchtende sterben nicht nur auf der Flucht. Manche sterben nach der Flucht. Auch in Tirol. Einer starb nach einem Arbeitsunfall, ein anderer in Haft, wohl unter der Last bedrückender Verhältnisse. Auf diesen Seiten wird auch der anschließende öffentliche Protest von Flüchtlingen aus Afghanistan in Innsbruck thematisiert.

Hilfreich für KlientInnen von FLUCHTpunkt ist unsere Vernetzung mit Sozialvereinen in Tirol. Deren finanzielle Lage bleibt jedoch nach den Kürzungen im AMS-Budget prekär. Für 2015 konnte für einige, nicht für alle, die Finanzierung noch sichergestellt werden. Ob und wie eine in Aussicht genommene Finanzierung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gelingen kann, ist derzeit offen.

Außerdem findet sich in dieser Ausgabe ein Gastbeitrag der Plattform Bleiberecht, die als Netzwerk gegen Abschiebungen entstanden ist und hier für die Schließung des Heimes am Bürglkopf bei Fieberbrunn auftritt: Tirols Landesrätin Baur hatte ja in Aussicht genommen, die entlegene Unterkunft zuzusperren, Jahre nachdem das UNHCR die früheren Regierungen aufgefordert hatte, dies zu tun. Aber nach Übernahme des Heimes durch das Innenministerium werden dort weiterhin, vorerst jedenfalls, mehr als 100 Flüchtlinge untergebracht, die zuletzt, im Oktober, einem feindlichen Übergriff ausgesetzt waren.

Subvention und Solidarität: Das ist die erfreuliche Botschaft. FLUCHTpunkt erfährt seit Jahren solidarische Unterstützung von Menschen, die die Arbeit und das Engagement schätzen und das Überleben dieser Einrichtung erst ermöglich(t)en. Erstmals wird FLUCHTpunkt nun auch vom Land Tirol gefördert. Was wir schätzen. Auf die solidarische Hilfe wird dennoch angewiesen. (Red)

Den Infoletter können sie auch auf der Website downloaden und gerne verbreiten: <http://www.fluchtpunkt.org/>

Subvention und Solidarität

Von Helmut Dietl

Ab Sommer 2014 bekamen wir - der Verein arge-Schubhaft - für das Projekt FLUCHTpunkt vom Land Tirol eine Subvention bewilligt. Das ist neu und war eine Besonderheit: Wir haben in der Vergangenheit immer wieder vergebens beim Land Tirol um finanzielle Unterstützung angesucht, was wir aber wegen der jährlichen Absagen irgendwann aufgegeben haben. Mit den politischen Veränderungen in Folge der letzten Landtagswahl und der neuen Regierung versuchten wir unser Glück erneut und wir bekamen tatsächlich unser Förderbegehren bewilligt; laut jüngster Mitteilung von Mitte Dezember auch für das Jahr 2015.

Mit unserem Ansuchen wollten wir vor allem die prekäre Personalsituation in der Beratungseinrichtung verbessern: Dank der vielen Solidaritätsaktien und anderer Spenden war es uns in den letzten Jahren möglich, eine Halbtagsanstellung sowie eine geringfügige Beschäftigung (die wir zuletzt auf eine Anstellung mit 10 Wochenstunden aufstocken konnten) zu finanzieren. Aber es war unseren Mitarbeiter_innen unmöglich, alle anfallenden Aufgaben in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit zu erledigen, und bei Urlauben und anderen Abwesenheiten konnte für Vertretung oft nicht gesorgt werden. Dass FLUCHTpunkt trotzdem ein derart professionelles und an den Bedürfnissen der Klient_innen orientiertes Angebot aufrechterhalten konnte, war dem großen Engagement und dem selbstlosen Einsatz der Mitarbeiter_innen sowie dem vielen ehrenamtlichen Einsatz im Vorstand und anderer Unterstützer_innen zu verdanken.

Eine Subvention des Landes Tirol, mit der wir die Personalkosten für eine Halbtagsstelle in der Beratung finanziert bekommen, bedeutete für uns nicht nur die Verbesserung der finanziellen – und damit auch der personellen – Ressourcen, sondern sie war uns auch Anlass für eine gründlich geführte Auseinandersetzung zu unserem Selbstverständnis als NGO, als ein Projekt des Engagements mit der Bereitschaft zum politischen Protest. Wir haben den Fördervertrag mit dem Land Tirol in der Absicht unterschrieben, uns permanent einer selbstkritischen Befragung zu unterziehen, in wie weit dieses Vertragsverhältnis unser Handeln und unser Selbstverständnis verändert. Wir sehen uns – vor allem anderen – einer radikalen Humanität verpflichtet.

Mittlerweile arbeitet seit Juli ein dreiköpfiges Arbeitsteam bei FLUCHTpunkt (zwei Halbtagsstellen, eine geringfügige Beschäftigung): Herbert Auderer, der seit vielen Jahren mit seiner professionellen Parteilichkeit für die Ansprüche unseres Klientels und seinem reichhaltigen Wissen der Einrichtung seine besondere Note verleiht, wird weiterhin für FLUCHTpunkt arbeiten.

Mit Nora Ultsch konnten wir eine Rechts- und Erziehungswissenschaftlerin gewinnen, die vor allem auf juridischem Gebiet mit Erfahrung aus der Bezirkshauptmannschaft, bei Gericht und in einer Anwaltskanzlei bereichert. Und mit Norbert Schaiter haben wir einen Profi für die administrativen Agenden gefunden, der auch als Diplompädagoge zusätzliche Qualifikation für unser Arbeitsfeld mitbringt.

Nach wie vor fußt ein Großteil der Einnahmen – vor allem aber auch der Rückhalt und die Legitimation von FLUCHTpunkt – auf den vielen Solidaritätsaktionär_innen, die uns unterstützen. Ob das weiterhin so sein wird, nachdem wir nun auch von Landesseite Geld bekommen, war eine der Fragen, die wir uns gestellt haben. Nun: Die ersten Rückmeldungen, die wir erhalten, geben uns Grund zur Hoffnung, dass auch sie in diesem Schritt eine kluge Vorgehensweise sehen und uns nicht die Treue kündigen. Wir brauchen diese Form der Unterstützung ungebrochen: Ohne Unterstützung des Landes Tirol können wir leben, das haben wir bewiesen. Ohne Unterstützung der Solidaritätsaktionär_innen können wir das nicht!

Helmut Dietl ist Obmann des Vereins arge-Schubhaft

Über Quoten, Zumutbarkeiten und „Verteiler“zentren. Für eine ‚freie‘ Zielwahl.

Reflexionen zur Asylpolitik in einem *Interview* mit Michaela Ralsler

FLUCHTpunkt-Info: Die Asyldebatte ist geprägt von einer Debatte über „Aufnahme-Quoten“ der Bundesländer, die diese nicht zu 100 Prozent erfüllen würden: Die vorgeschriebene Zahl der Unterkünfte pro Bundesland richtet sich nach der Einwohnerzahl des Landes. Verstärkt ist die Debatte aktuell auch deshalb, weil die Asylanträge seit dem Syrien-Krieg wieder gestiegen sind. Ist die verpflichtende Einbindung der Bundesländer in die Grundversorgung sinnvoll?

Michaela Ralsler: Die Rede von der Quote ist eingängig. Sie erscheint auf den ersten Blick vernünftig und richtig. Ich allerdings halte sie für problematisch - aus folgenden Gründen: Sie orientiert sich weder an dem, was Flüchtlinge brauchen, noch weniger an dem, was sie - auch unter Bedingungen der Unfreiheit - noch wünschen könnten. Sie trägt allein dem Regulationsbedarf der Aufnahmegesellschaft, respektive dem ihrer Verwaltungen Rechnung. Sie ist kaum eine zukunftsweisende Strategie, als die sie neuerdings verkauft wird. Sie ist Verwaltung eines Zustands, der als solcher nicht befriedigend ist. Zudem ist die Rede von der Quote - auch jenseits unvertretbarer Disparitäten - getragen von einer Vorstellung, die ich im Kern für hochproblematisch halte: von der Vorstellung der „Zumutbarkeit“ (x Menschen auf der Flucht sind einem Gebiet von y noch zumutbar) und von der Idee des „Lastenausgleichs“: Nicht nur die Mittel zur Aufnahme von Flüchtlingen sollen gemeinschaftlich und nach den Möglichkeiten der Regionen aufgebracht werden – das schiene mir selbstverständlich; auch die Flüchtlinge sollen „lastenangemessen, respektive lastenausgleichend“ auf die Länder und Kommunen verteilt werden. Zuletzt machte ein neues Wort die Runde: die Einrichtung von sogenannten „Verteilerzentren“. Ein Begriff, der mir bisher nur aus dem Postwesen bekannt ist.

FLUCHTpunkt-Info: Vonseiten mancher Landesregierungen wird argumentiert, es sei nicht einfach, Unterkünfte zu finden, denn das Land sei von der Mithilfe, dem Engagement der Gemeinden abhängig. In Tirol hat die zuständige Landesrätin Christine Baur versucht, die Diözese und die Caritas einzubinden, die sich mit einem Appell an die Pfarreien richteten. Es fällt auf, dass in den meisten Bundesländern ein System der organisierten Heim-Unterkünfte politisch bevorzugt wird, nur wenige AsylwerberInnen leben selbstorganisiert, privat. Wäre Letzteres nicht sinnvoll?

Ralsler: Ich denke angemessen wäre, Flüchtlingen würde zugestanden, was auch für andere als Grundrecht gilt: Unterkunft, Arbeit und Bildung. Das Prinzip der Normalisierung, wie es sich für alle Gruppen, welche der Gefahr der Exklusion ausgesetzt sind, durchgesetzt hat, sollte auch im Flüchtlingsbereich gelten. Dazu gehört auch die Möglichkeit, sich seinen Wohnort selbst zu wählen oder in angemessener Zeit einen privaten Ort zum Leben zu erlangen. Heimunterbringungen halte ich nicht für alternativlos.

FLUCHTpunkt-Info: In Österreich können so wie in jedem anderen EU-Staat nur jene Schutzsuchenden Asyl begehren, die nicht über ein anderes EU-Land in die Union eingereist sind (von Sonderhilfsprogrammen wie jenes für syrische Flüchtlinge abgesehen). Dieses „Dublin-System“, dass nur im EU-Einreisestaat Asyl begehrt werden kann, führt zu „illegalen Einreisen“ und daher raschen Rückschiebungen. Wäre die freie Wahl des Asyllandes eine brauchbare und auch handhabbare Alternative dazu?

Ralser: Es wäre die einzig angemessene. Viele, auch große NGOs, fordern die „freie“ Zielwahl. Es ist leicht nachzuvollziehen, dass wir auch im Falle, dass wir ins Exil gezwungen sind, dieses am ehesten dort nachsuchen, wo wir Freunde oder Verwandte haben, eine Community vorfinden, uns eine Überlebensperspektive vorstellen können. Ja, das wäre wichtig durchzusetzen. Allerdings müssen wir auch die Möglichkeiten verbessert bzw. geschaffen werden, vom Ausland aus Asyl zu beantragen. Auch sind die Fluchtwege zu sichern. Zu vielen Menschen gelingt derzeit die Flucht nicht, oder sie riskieren auf der Flucht ihr Leben. Aber auch, wenn sie überleben, gelangen sie wegen des Dublin-Systems vielfach nicht dorthin, wo ihr Überleben gesichert wäre, sondern immer nur soweit, wohin man sie gerade zurückschickt oder von wo sie nicht mehr weiter kommen.

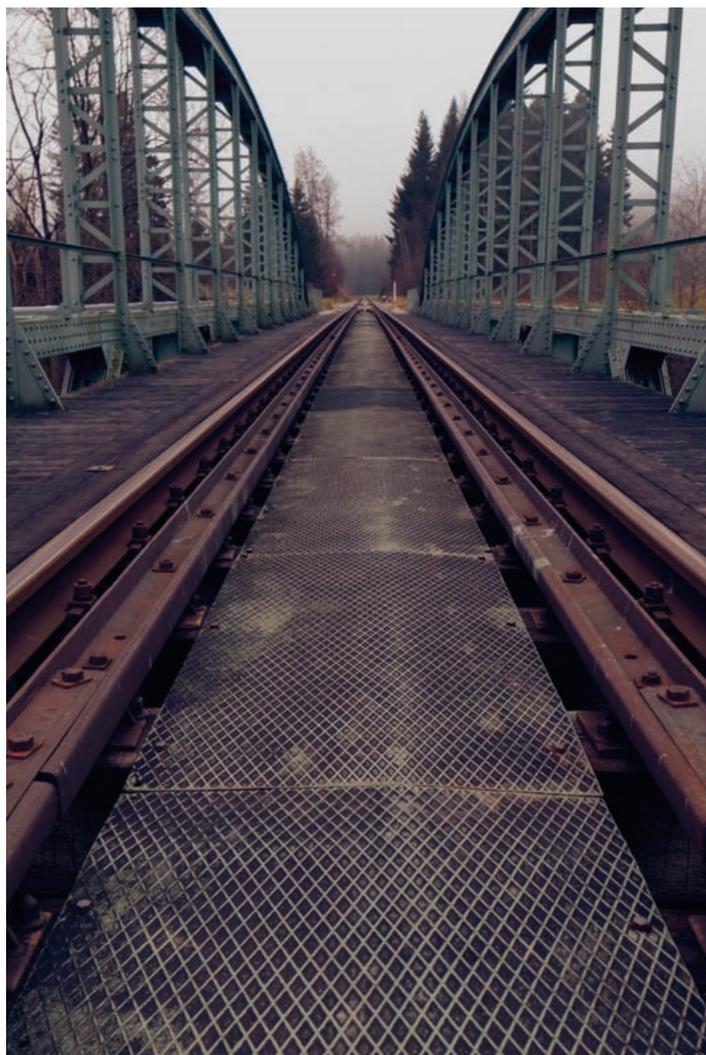
Michaela Ralser arbeitet als Bildungswissenschaftlerin u.a. zu Flucht und Migration und war für viele Jahre Obfrau des Vereins arge-Schubhaft

Wofür wir stehen

Die Teilnehmer_innen der FLUCHTpunkt-Klausur

Auf der Klausur am 30. November 2014 verständigten sich Vorstand und MitarbeiterInnen von FLUCHTpunkt (arge-Schubhaft) unter anderem auf einige migrations- und fluchtpolitische Positionen. Sie bekräftigen: Die Stärke der politischen Positionierung von FLUCHTpunkt wird weiterhin darin begründet sein, dass Forderungen, Anregungen, Interventionen vor dem Hintergrund einer spezifischen Expertise erfolgen, einer, die aus der dauerhaften Arbeit und den vielfachen Kontakten mit den KlientInnen und dem daraus gewonnenen Wissen um deren (Not)Lagen und Bedürfnissen erwächst.

Selbstverständlich unterstützen wir prinzipiell die weitreichende Forderung der globalen Migrationsbewegungen und ihrer NGOs nach Bewegungsfreiheit und der uneingeschränkten Möglichkeit, zu gehen aber auch zu bleiben, etwa auch im Herkunftsland. Dies inkludiert, Gebietsbeschränkungen für AsylwerberInnen vor Ort als inhaltlich ungerechtfertigte Einschränkung einzustufen, eine ‚freie‘ Zielwahl für Flüchtlinge unbedingt zu befürworten und für ein Bleiberecht der Anwesenden unabhängig von deren Selbsterhaltungsfähigkeit einzutreten. Als Mittel gegen Exklusion erachten wir weiterhin den uneingeschränkten und diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, für alle, die hier sind. Alle Unterstützungsmaßnahmen sollten dem Prinzip der Normalisierung verpflichtet sein, das gilt auch für die Unterbringungsform.



Dominik Somweber hat eigens für diese Ausgabe des FLUCHT-Infoletters die Bilder auf dieser und den Seiten 5 und 6 gemacht.

Push-Backs von Griechenland in die Türkei

Die Erfahrung eines Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze

Von Nora Ultsch

Spricht man von den EU-Außengrenzen, so spricht man von Frontex und es wird immer wieder im Speziellen die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei zum Thema. Über Frontex haben wir bereits in der 8. Ausgabe unseres Newsletter berichtet, es handelt sich dabei um eine Agentur, welche für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU eingerichtet wurde.

Für die operative Tätigkeit von Frontex können neuerdings zum einen supranationale schnelle Eingreiftruppen, Rapid Border Intervention Teams (RABITs), eingesetzt werden, die aus einem Pool von 700 Grenzbeamten fallweise rekrutiert werden. Zudem

wurde in Griechenland, Piräus, das erste Frontex Operational Office (FOO), ein operatives Büro zur Koordination spezifischer Einsätze vor Ort eingerichtet. Bei der Operation „Poseidon“ – seit 2011 ein fixer Bestandteil zur „Sicherung“ der EU-Außengrenzen von Griechenland und Bulgarien – waren auch österreichische Grenzpolizisten im Einsatz. Während diese Operation weiterentwickelt wurde, wurden noch andere Projekte durch die griechische Regierung ins Leben gerufen und auch die Türkei verstärkte ihre Kontrollen an den Grenzen. Die Zusammenarbeit zwischen Frontex und der Türkei gipfelte im „Memorandum of Understanding“ vom 28.05.2012.¹

In diesen Projekten, Einrichtungen und internationalen Abkommen zeigt sich eine Politik der Abschottung Europas. Die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen werden unter Druck gesetzt, diese Politik möglichst effektiv umzusetzen und mit den damit einhergehenden Problemen und Konflikten vielfach alleine gelassen. So auch Griechenland.

Immer wieder berichten Menschen, die über den Seeweg von der Türkei nach Griechenland geflohen sind, von „Push-Backs“: So wird von NGOs das ungesetzliche Zurückdrängen von Flüchtlingen in Grenznähe bezeichnet. Betroffene berichten von rassistischen, menschenrechtswidrigen und zum Teil sogar tödlichen Übergriffen durch die griechische Küstenwache. Und auch ein Klient von FLUCHTpunkt hat uns von seiner Überfahrt von der türkischen Küste nach Griechenland berichtet.

Mit der Waffe gegen Schutzsuchende

Auf einem Schlauchboot, das für 20 Personen gedacht war, waren etwa 45 Menschen untergebracht, als sie die türkische Küste verließen. Es waren auch Familien mit Kindern auf dem Boot.

Kurz vor der Ankunft auf einer griechischen Insel wurde ihr Boot von der Küstenwache Griechenlands aufgegriffen. Die Beamten versprachen den Flüchtlingen, sie an die griechische Küste zu bringen, und sie wurden von dem kleinen Schlauchboot auf ein Boot der Küstenwache umgeladen. Als alle Personen untergebracht waren, nahm die Küstenwache Fahrt in Richtung Türkei auf.

An der Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei forderten die Beamten die Flüchtlinge auf, wieder in das kleine Schlauchboot zu steigen und zurück an das türkische Festland zu fahren. Daraufhin machten zwei der Flüchtlinge deutlich, dass sie keinesfalls wieder in das Boot zurücksteigen würden und lieber hier sterben. Abermals versprachen ihnen die Beamten, sie nach Griechenland zu bringen.

Doch nur kurze Zeit später steuerten zwei weitere Boote auf das Schiff der Küstenwache zu. Sechs bewaffnete Soldaten sprangen auf das Boot, in dem sich die Flüchtlinge befanden. Durch körperliche Übergriffe und mit vorgehaltenen Waffen wurden die Flüchtlinge von den Soldaten in das Boot gezwungen, mit dem sie die Türkei verlassen hatten.



¹ Vgl. Frontex between Greece and Turkey: At the border of denial. Hg. von FIDH, Migreurop, EMHRN, Mai 2014, S. 15-19 (<http://www.frontexit.org/en/docs/49-frontexbetween-greece-and-turkey-the-border-of-denial/file>, Stand: 04-12-2014)

Als bereits zehn Menschen „umgeladen“ waren, stach einer der Flüchtlinge mit einem Messer ein Loch in das Schlauboot, woraufhin dieses versank. Auch der Betroffene, der von diesen Geschehnissen berichtet, landete im eiskalten Wasser. Erst nach etwa zehn Minuten gelang es ihm, zum Boot der Küstenwache zu schwimmen und andere Flüchtlinge halfen ihm wieder, ins Trockene zu klettern.

Einer der Soldaten begann auf Deutsch zu sprechen. Er forderte die Menschen auf, sich ruhig zu verhalten. Der Betroffene, der fließend Deutsch und Englisch spricht, konnte dies den anderen Flüchtlingen übersetzen. Wieder versprachen ihnen die Soldaten, sie nach Griechenland zu bringen. Sie sagten ihnen, dass die Überfahrt ungefähr eine Stunde dauern würde. Und noch einmal mussten die Flüchtlinge das Boot wechseln, bis sie schließlich tatsächlich nach Griechenland gebracht wurden.

Nach seiner Ankunft in Griechenland sprach der Schutzsuchende auch mit dem zuständigen Arzt des Flüchtlingscamps und mit Mitarbeitern der UN über den Vorfall. Diese haben zu dieser Zeit mehrere Flüchtlinge des Camps befragt, die über ähnliche Geschehnisse berichteten.

Unser Klient betonte mehrfach, dass es letztendlich nur Glück war, dass auf dieser Überfahrt niemand ums Leben kam; es habe mehrmals Situationen gegeben, wo es auch anders, tödlich, hätte ausgehen können.

Nora Ultsch ist Mitarbeiterin von FLUCHTpunkt

„Wir sind hergekommen um zu leben, nicht um zu sterben!“

Gestorben nach der Flucht

30.000 Tote. Dies ist die letzte Schätzung der Zahl derer, die beim Versuch, in die Länder der Europäischen Union zu gelangen, seit Bestehen der EU an ihren Außengrenzen gestorben sind. Allein im 3. Quartal 2014 ertranken mehr als 2.000 Menschen im Mittelmeer. Das Projekt „Frontex Watch“ hat im letzten Jahr die Namen der Toten, so bekannt, für eine öffentliche Darstellung in Innsbruck gesammelt¹. Darunter nicht nur Namen von Menschen, die in der Wüste vor den Toren der „Festung Europa“ verdurstet sind, im Stacheldraht der Grenzsicherungszaune zu Grunde gingen, in den Minenfeldern zwischen Griechenland und der Türkei zerfetzt wurden oder die auf See verhungerten, weil unmarkierte griechische Kampfboote ihren notdürftig zusammengebauten Booten den Motor und die Navigation weggeschossen haben. Unter den Namen sind auch die Schicksale von Geflüchteten geschildert, die im Innern der „Festung Europa“ starben: der Asylwerber, der aus Angst vor einer Abschiebung aus dem Fenster sprang und tödlich verletzt wurde; der Flüchtling in einem Heim, der unter dem Druck, der Ausgrenzung und Belastung seiner ungesicherten Situation zusammenbrach und sich erhängte.

Menschen auf der Flucht sterben auf der Flucht – und sie sterben dort, wohin sie flüchten konnten. Ein afghanischer Flüchtling, der bei der gemeinnützigen Arbeit, die ihm als einzige Möglichkeit, tätig zu sein, eröffnet und verordnet wurde, einen Arbeitsunfall hatte und dann im Krankenhaus zu Tode kam. Ein



anderer Flüchtling, der aufgrund von strafrechtlichen Beschuldigungen in Haft geriet und dort starb (in den Medien war von Suizid die Rede). Und dies sind nur einige Beispiele.

„Wir sind hierher gekommen, um zu leben, nicht um hier zu sterben!“ stand auf einem Transparent von Flüchtlingen aus Afghanistan, die nach dem Tod eines der Ihren in Innsbruck demonstrierten, die gegen Verhältnisse protestierten, die für sie Schuld am Tod von Flüchtlingen sind. Verhältnisse der bewussten Ungleichmachung, der gezielten, rechtlich

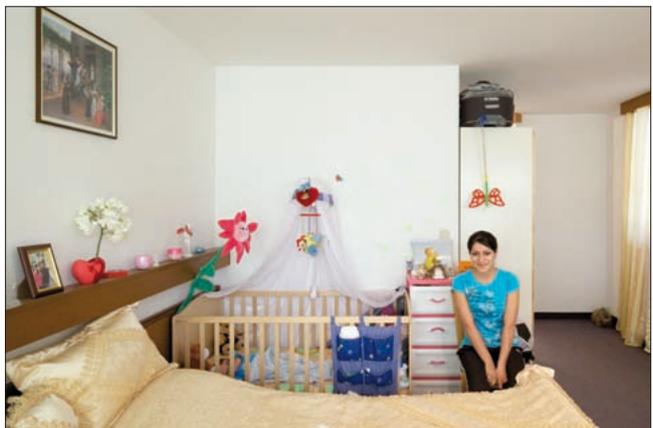
¹ Elfi Oblasser, Hardy Ess: Frontex Watch, Senderreihe auf Radio FREIRAD, Innsbruck; nachzuhören unter: <http://cba.fro.at/series/frontex-watch>

Folgen der Flucht

organisierten Erzeugung von MigrantInnen als „Anderen“, Verhältnisse, in denen staatliche Machtorgane als Bedrohung wahrgenommen werden müssen; in denen Flüchtlinge von Einschränkungen ihrer Freiheit betroffen sind, denen „Einheimische“ nie unterliegen können. Verhältnisse, in denen Menschen, die hier angekommen sind, Lebensmöglichkeiten genommen werden und Zugang zu eigentlich selbstverständlichen Rechten und Leistungen nicht gewährt wird.

Ganz unabhängig von der Frage, was oder wer unmittelbar für den Tod hier sterbender Flüchtlinge verantwortlich ist, muss darüber gesprochen werden, unter welchen Umständen Verhältnisse hier den Tod von MigrantInnen begünstigen: strukturell, administrativ, psychisch. Und welche Wege es braucht, damit hierher geflüchtete Menschen gefahrlos und gut leben können. (Red)

Warteräume



„Warteräume. Eine visuelle Recherche in den Flüchtlingsunterkünften Tirols“, nennt sich das Projekt von Robert Gander und Günter Richard Wett, das mit Fotos und Videos die Wohnsituationen von AsylwerberInnen in Tirol in den Blick nahm, die BewohnerInnen zu Wort kommen lässt, „Raumkonstitutionen offen legt“. Nachdem es zuletzt vor dem Landestheater gezeigt wurde, wandert „Warteräume“ 2015 in Tiroler Bezirke. Die Bilder wurden FLUCHTpunkt von den Autoren zur Verfügung gestellt.

Werden Sie Solidaritäts-AktionärIn bei FLUCHTpunkt

Herzlichen Dank auf diesem Wege den treuen und selbstverständlich auch den neuen AktionärInnen. Darüber hinaus können wir, wie eingangs erwähnt, erstmals auf eine Subvention des Landes Tirol, weiterhin auf eine kleine der Stadt Innsbruck und ebenfalls eine kleine Zuwendung des Tiroler Beschäftigungsvereins zurückgreifen. Leider ist es uns dennoch nicht möglich, ausreichend Geldreserven zu bilden, und unvorhergesehene Ausgaben bleiben für FLUCHTpunkt nach wie vor ein Problem.

Neue AktionärInnen sind und sehr willkommen. Bisherige Aktien können im Nennwert völlig unbürokratisch erhöht werden. Solidaritätsaktien zum Herunterladen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: <http://fluchtpunkt.org>.

Es bleibt prekär

Zu den Kürzungen im Sozialbereich

Von Barbara Maldoner-Jäger

Nachdem im vergangenen Sommer bekannt wurde, dass die beiden sozialökonomischen Betriebe Insieme und Junet geschlossen werden, informierte das AMS Tirol Mitte Oktober die Sozialberatungsstellen des DOWAS, des Vereins für Obdachlose (BARWO), sowie den Verein ZEMIT und die Schuldner_innenberatung darüber, dass die Förderungen für das Jahr 2015 massiv gekürzt bis komplett gestrichen werden.¹ Für die Sozialberatungsstellen BARWO und DOWAS, die mit ihren niederschweligen Unterstützungsangeboten Anlaufstelle für ca. 3.000 Hilfesuchenden pro Jahr sind, führte der drohende Entzug der gesamten AMS-Förderungen zu einer existenzbedrohenden Situation. Die Empörung und Betroffenheit über den angekündigten plötzlichen Entzug der Geldmittel und die drohenden Konsequenzen für die betroffenen Vereine, deren Klient_innen und die gesamte Tiroler Soziallandschaft, waren groß. So schrieb der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol in einer Stellungnahme dazu: „Der SPAK Tirol ist erschüttert über dieses Zeichen der Ignoranz gegenüber auf Unterstützung angewiesenen Menschen in einem reichen Land wie Österreich. Die geplanten Schließungen und Kürzungen der Beratungseinrichtungen sind ein sozial- und arbeitsmarktpolitischer Skandal!“²

Die betroffenen Einrichtungen sind zentrale Kooperations- und Vernetzungspartner_innen von FLUCHTpunkt. Ein Wegfall bzw. eine Kürzung der Angebote würden auch für die Klient_innen von FLUCHTpunkt eine schwerwiegende, nicht zu füllende Leerstelle nach sich ziehen. Ein Beispiel: In den Sozialberatungsstellen ist es für Menschen ohne festen Wohnsitz möglich, Meldeadressen zu erhalten. Besitzt man keine gültige Meldeadresse, so kann dies negative Folgen im Asylverfahren mit sich bringen und der ohnehin sehr prekäre Aufenthaltsstatus sowie die damit verbundenen Grundrechte würden zusätzlich darunter leiden.

Nach ungewissen Wochen, in denen Land und Bund die Zuständigkeiten hin und her schoben, kam die Nachricht, dass die Finanzierung für das Jahr 2015 zu gleichen Teilen von Land Tirol und AMS geteilt werden. Die einjährige Finanzierungszusicherung bringt zwar Luft und Zeit. Dennoch: So viel Erleichterung die vorübergehende finanzielle Absicherung auch schafft, so offen bleiben die Finanzierungsfragen für die Folgejahre. So bedenklich bleibt, dass es bei den Angeboten der betroffenen Einrichtungen um Basisunterstützungsangebote geht, denen sich jeder Staat mit sozialem Verantwortungsgefühl ohne Wenn und Aber verpflichtet fühlen sollte. So schockierend bleibt, dass ein Entzug der Geldmittel jeden professionell arbeitenden Verein im Sozialbereich ohne Vorankündigung treffen kann. So beklemmend bleibt die Frage, welche Entwicklungen noch zu erwarten sind. Vor dem Hintergrund von immer prekäreren Arbeitsverhältnissen, von rasant abnehmenden Arbeitsmöglichkeiten, von steigenden Miet- und Lebenshaltungskosten gibt es eine kontinuierliche Zunahme von Menschen in existenziellen Notsituationen. Eine nicht minder beunruhigende Nachricht folgte auf dem Fuß. So erfuhren unterschiedliche Einrichtungen und Dauerprojekte, die Menschen mit Fluchterfahrungen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche begleiten, dass die Durchfinanzierung für das Jahr 2015 gefährdet ist. Grund dafür sind Zuständigkeitsfragen zwischen zwei Bundesministerien bei der Verwaltung von Geldmitteln, aus denen die betroffenen Einrichtungen und Langzeitprojekte bisher mitfinanziert wurden. Genauere Informationen über die Anzahl der betroffenen Einrichtungen und Dauerprojekte, sowie das Ausmaß der Angebotsreduktion liegen leider noch nicht vor. Es bleibt aber zu befürchten, dass in den nächsten Monaten Menschen mit Fluchthintergrund bei existenziellen Hürden und Fragen vielfach auf sich alleine gestellt bleiben, und den Realitäten eines diskriminierenden Wohnungs- und Arbeitsmarktes ohne umfangreiche Unterstützung gegenüber stehen werden.

Es ist höchste Zeit, dass die Sicherung und der Ausbau dringend notwendiger Hilfsangebote im Sozial- und im Fluchtbereich mit demselben Selbstverständnis und der gleichen Priorität verfolgt werden, wie dies in anderen Bereichen, beispielsweise beim Bankenwesen, der Fall ist.

Barbara Maldoner-Jäger ist Mitglied im Vorstand von FLUCHTpunkt.

1 Das AMS Tirol erfuhr erst kurz zuvor, dass die eigenen Budgetmittel für das Jahr 2015 drastisch gekürzt werden.

2 Presseaussendung des Sozialpolitischen Arbeitskreises Tirol, Oktober 2014

„Straflager Bürglkopf muss sofort geschlossen werden“

Ein Gastbeitrag der Plattform Bleiberecht



Foto: Plattform Bleiberecht

*Denn die einen sind im Dunkeln
und die andern sind im Licht
und man siehet die im Lichte
die im Dunkeln sieht man nicht.*

(Bert Brecht, Die Moritat von Mackie Messer
aus der Dreigroschenoper, 1930)

Im Bild die „Bundesbetreuungseinrichtung“ Bürglkopf in Fieberbrunn/Tirol auf 1.250 Meter Seehöhe gelegen, rund zehn Kilometer vom Dorfzentrum und 115 Kilometer von Innsbruck entfernt. Im Mai 2014 wurde das Flüchtlingsheim vom Land Tirol geschlossen. Kurz darauf übernahm das Innenministerium (BMI) den Standort als Außenstelle der Erstaufnahmezentren

Thalham und Traiskirchen.¹ Momentan sind zwischen 120 und 140 Flüchtlinge in den beiden Häusern untergebracht und warten auf Zuweisung in die Bundesländer. Entgegen den gängigen Medienberichten sind auch Frauen und Familien dort untergebracht. Die große Mehrheit sind aber männliche Flüchtlinge. Im Herbst verschwindet ab 13 Uhr die Sonne hinter dem Berg Bürglkopf (1.800 Meter) und scheint nicht mehr zu den Unterkünften. Handyempfang ist erst 15 Gehminuten talwärts störungsfrei. Die Verwaltung und „Betreuung“ des Lagers hat das BMI an den Schweizer Privatkonzern ORS ausgelagert. Viele der Refugees (Flüchtlinge) warten hier schon seit über zwei Monaten auf eine Verlegung in ein anderes Flüchtlingsheim. Die Menschen, mit denen wir gesprochen haben, sagen, sie fühlen sich am Bürglkopf wie in einem Gefängnis und wollen hier so schnell als möglich weg². Das Heim war schon in den dunklen Tagen des Flüchtlingskoordinators Logar³ eine Art Straflager, in welches unliebsame Flüchtlinge „transferiert“ wurden. Auch das BMI nimmt von dieser Möglichkeit Gebrauch und strafversetzt dort u.a. Menschen, die die repressive Flüchtlingspolitik des Bundes kritisieren. So auch zuletzt einen Mann, der wegen seines „aggressiven Verhaltens“⁴ von der Bundesbetreuungseinrichtung Wien-Erdberg auf den Bürglkopf kam und mit uns in Kontakt steht.

Rassistischer Angriff

In der Nacht vom 28. auf 29. Oktober 2014 gab es einen versuchten Angriff von fünf Personen auf das Lager. Neben Feuerwerkskörpern und Schüssen, skandierten die Angreifer_innen rassistische Hassparolen.⁵ Beim Lokalausgang drei Tage nach dem Übergriff meinten Stimmen aus dem BMI und der Heimleitung am Bürglkopf unisono, dass es nicht auszuschließen sei, dass die Flüchtlinge selbst diesen Übergriff inszeniert hätten. Und dass ebenjener „Störenfried“ aus Wien-Erdberg dafür verantwortlich sei. Eine zynische „Objektivität“ der Herrschenden. Uns berichteten alle Menschen, mit denen wir gesprochen haben, dass sie nach dieser Nacht nicht mehr ruhig schlafen könnten und sich an die Situation in den Kriegsgebieten erinnerten, aus denen sie eigentlich zum Schutz davor geflohen seien. Aus diesem Grund organisierten die Refugees vor Ort in der Nacht von Donnerstag auf Freitag einen Selbstwachtenschutz und übernachteten im Freien.

1 <http://tirol.orf.at/news/stories/2650041/>

2 <http://www.tt.com/panorama/verbrechen/9184650-91/fluechtlinge-in-fieberbrunn-fuehlen-uns-wie-im-gefuehngnis.csp>
Tiroler Tageszeitung vom 31.10.2014

3 Unter dem Tirol Flüchtlingskoordinator Peter Logar, im Militär sozialisiert und mit einem dementsprechenden Menschenbild handelnd, gab es von Mitte der 1990er Jahre bis 2010 eine von Flüchtlingen und deren Unterstützer_innen gefürchtete „Verwaltung“. Das Lager am Bürglkopf diente schon damals zur „Disziplinierung“.

4 http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3883641/WienErdberg_Bericht-uber-hungernde-Fluechtlinge-vollig-falsch
(9.10.2014)

5 <http://www.tt.com/politik/landespolitik/9187743-91/streit-um-buerglkopf-asylwerber-wollen-weg-bund-sagt-nein.csp>
<http://tirol.orf.at/news/stories/2676836/> (31.10.2014)

Wo ist das Polizeiauge blind?

Einige Tage später präsentierte die Tiroler Polizei vier Jugendliche/junge Männer (zwischen 17 und 21 Jahren) als geständige Täter, die nichts „Rechtsradikales“ gemacht hätten, sondern nur wegen eines gestohlenen Handys auf den Bürglkopf gefahren seien.⁶ Die Ermittlungen wegen gefährlicher Drohung (§ 107) und Verhetzung (§ 283 StGB) werden jetzt an die Staatsanwaltschaft Innsbruck übergeben. Diese entscheidet, welche Tatbestände zur Anklage kommen. Die Polizei hatte nach der Festnahme gemeint, man ermittle nur wegen gefährlicher Drohung. Der Treppenwitz: Obwohl die vier Täter zugeben, ausländerfeindliche Parolen skandiert zu haben, besteht für die Ermittler „kein rechtsradikaler Hintergrund für die Tat“.⁷ Für uns stellen sich mehrere offene Fragen zu den polizeilichen Ermittlungen:

Warum gab es zunächst keine offizielle Pressemitteilung zum Angriff am Bürglkopf? Die profil-Journalistin Edith Meinhart war die erste, die über den Angriff berichtete. Ihre Quelle war allerdings nicht die Polizei, sondern ein Augenzeuge. Auf der Website der LPD Tirol, auf welcher alle Pressemeldungen (Einbrüche, Tempoüberschreitungen, „Aufgriffe“ von Flüchtlingen) nachzulesen sind, ist weder am 29. noch am 30. Oktober etwas über den Bürglkopf zu lesen. Wollte die Polizei den Übergriff verheimlichen?

Warum wurden aus den fünf Angreifern plötzlich nur mehr vier? Alle Augenzeugen am Bürglkopf sagten, es seien fünf Personen am Angriff beteiligt gewesen und es seien Schüsse gefallen. Die Polizei präsentierte am Montag, 3.11.2014 nur mehr vier Täter und meinte, mit der sichergestellten Softgun seien keine Schüsse abgegeben worden. Gerüchteweise soll es sich bei einem der Täter um den Sohn einer einflussreichen lokalen Persönlichkeit handeln.

Warum wird der Auslöser des Übergriffs so stark betont? In den Berichten zur Ausforschung der vier Täter nimmt die (rassistisch betonte) Vorgeschichte zum Übergriff sehr viel Platz ein. Dem jüngsten Angreifer sei wenige Tage zuvor in einer Fieberbrunner Disko sein Handy von einem Asylwerber gestohlen worden. Der Diebstahl wurde anscheinend auch angezeigt. Allerdings sei der Mann (die Zeitungen nennen dabei auch seine Nationalität) nicht mehr am Bürglkopf untergebracht. Einige mutmaßten gar, dass der Mann schon abgeschoben worden sei. Nach anonymen Aussagen soll es aber in besagtem Nachtlokal auch darum gegangen sein, dass Mädchen/Frauen zusammen mit Flüchtlingen auf der Tanzfläche waren und dies zu (sexistisch-rassistischen) Streitigkeiten führte.⁸

Nicht alles ist Neonazi, aber sehr wohl rassistisch

In den ersten Beurteilungen sprachen NGOs und antirassistische Blogs von einem Neonazi-Angriff. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass der Angriff eine klar rassistisch motivierte Tat war. Ob es sich allerdings um eine organisierte faschistische Gruppierung handelt, die den Begriff „Neonazi“ rechtfertigen würde, darüber herrschen bei uns Zweifel. Eine solche Bezeichnung der Täter_innen würde gerade die (klein) bürgerlich ländliche Idylle entlasten und den Angriff einer Gruppe zuschreiben, die nicht mehr Teil eines bürgerlich-demokratischen Verfassungskonsens seien (Rechtsextreme). Faktum ist aber, dass rassistisches, sexistisches und faschistisches Gedankengut kein Randphänomen ist, sondern sich direkt „aus der Mitte“ der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft speist. Weil es aber schwierig ist, diese unangenehme Diskussion zu führen, verharmlost die eine Seite die Tat als „Lausbubengeschichte“, die andere überinterpretiert das ganze als Neonazi-Angriff. Und dass Polizei und LVT (Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) gerne faschistische und rassistische Angriffe und Gewalttaten verharmlosen, und „linksextreme“ Gewalt als Bedrohung für die Demokratie darstellen, ist ebenso *part of the game* der Totalitarismustheorie.

Die Plattform fordert:

Die sofortige Schließung des Straflagers am Bürglkopf

Die umfassende Aufarbeitung des rassistischen Angriffs und Verfolgung der Täter_innen

Keine Verharmlosung rassistisch motivierter Gewalt auf Flüchtlinge und Migrant_innen

Eine umfassende Überprüfung der Tätigkeit der ORS in allen Bundesbetreuungseinrichtungen in Hinblick auf Einhaltung grund- und menschenrechtliche Standards und einer angemessenen Infrastruktur

Die Plattform Bleiberecht hat sich 2007 nach Kundgebungen „gegen die Abschiebep Praxis der Bundesregierung“ gebildet.

⁶ <http://tirol.orf.at/news/stories/2677190/>

<http://kurier.at/chronik/oesterreich/attacke-auf-asylheim-war-racheakt/94.840.349>

<http://www.tt.com/panorama/verbrechen/9214806-91/junge-maenner-als-angreifer-von-fieberbrunn-ueberfuehrt.csp> (3.11.2014)

⁷ <http://www.tt.com/panorama/verbrechen/9214806-91/streit-mit-asylwerber-loeste-angriff-am-buerglkopf-aus.csp> (4.11.2014)

⁸ <http://mobileapps.tt.com/panorama/verbrechen/9235950-91/offene-fragen-nach-angriff-auf-asylheim.csp> (8.11.2014)

Fluchtweg Brenner

Ein Szenario

Von Benedikt Sauer

Der Flüchtlings“strom“ am Brenner „reißt nicht ab“. In Presseaussendungen, Agenturmeldungen, Zeitungsberichten, Überschriften: Er „reißt nicht ab“. Am 26. September 2014 bestand der Strom aus 28 Menschen, 27 aus Eritrea, einem aus Mali. Am 28. September – „der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab“ – war „erneut eine Gruppe“ in einem internationalen Reisezug „aufgegriffen“ worden, Menschen aus Eritrea, Äthiopien, Syrien, Mali und Ghana, „darunter zwei Kinder“. Am 25. November waren es „elf Syrer (drei Familien)“, die, kaum im Wipptal aus einem Reisezug „geholt“, zu jenem „anhaltenden „Flüchtlingsstrom“ gehörten, der „nicht abreißt“. „Asylantenflut“ und „Flüchtlingswelle“ sind weitgehend verschwunden aus dem Vokabular von Behörden und Berichterstattung. Geblieben ist vor allem der „Strom“. In 2.291 Berichten von 58 Zeitungen, die in Österreich, Deutschland, der Schweiz im Jahr 2014 erschienen¹, fanden sich Flüchtlings“ströme“: ein Bild beeindruckender, auffälliger, potentiell auch über das Ufer tretender und damit bedrohlicher Mengen, die sich zwar langsam, aber unaufhaltsam, unabänderlich voran schieben, grenzenüberfließend: Deshalb, lesen wir, „hat man auch in Bayern mit deutlich größeren Flüchtlingsströmen zu tun“. Nicht mit einem Bach. Keinem feinen alpinen Gewässer. Höchst unterschiedlich sind die Dimensionen dieser Menge, die sich da als „Strom“ voranschleibt, großteils von Lampedusa kommend und dorthin, auf die Insel, auf hochriskanten, manchmal Monate langen Wegen. Einmal sind es acht, einmal 18, ein andersmal 28, die jeweils „in einem internationalen Reisezug“, meist bei Gries am Brenner, „aufgegriffen“ – kaum einmal „entdeckt“, „bemerkt“, „kontrolliert“ oder auch nur „angetroffen“ – wurden: Heuer – lesen wir am 11. Oktober – seien „bereits“ 5.226 Personen in Tirol eingereist, „illegal“. Zeitgleich weiß etwa der Bayerische Rundfunk, dass auch „der Flüchtlingsstrom“ aus dem Norden Syriens in die Türkei „nicht abgerissen“ sei: „Mehr als 130.000 Menschen auf der Flucht vor der Terrormiliz IS“. Nördlich des Brenners gibt es oft kein Weiterkommen und kein Bleiben. Der „Strom“ wird rasch umgeleitet, rückgeführt, wie etwa Ereignisse an elf Tagen im September zeigen: „Den italienischen Behörden übergeben“, am 11.9., Donnerstag, wurden 26 Personen, 12 aus Eritrea, neun aus Syrien, fünf aus Äthiopien; ebenso „übergeben“, am selben Abend, wurden 12 aus Syrien; sieben Tage später, am Donnerstag 18.9. geschieht mit „40 Flüchtlingen“, 13 aus Eritrea, 12 aus Syrien, 11 aus Palästina, zwei aus dem Sudan und je einem aus Montenegro und Äthiopien, genau dasselbe; am Freitag erfahren 15 Personen, acht aus Syrien, sieben aus Eritrea die rasche Rückführung; am selben Tag werden 43 „illegal eingereiste Migranten“ aus Syrien und Eritrea „wieder nach Italien gebracht“, tags darauf, am Samstag, 20. September, wurden 16 Flüchtlinge aus Syrien, „darunter auch Kinder“, entdeckt und dann, so wie am selben Tag zehn Eingereiste aus Syrien und dem Irak, „wieder nach Italien gebracht“; am Sonntag, 21. September, ist es ein Strom von 28 Flüchtlingen, aus Syrien, Palästina, Eritrea und Sudan, der umgehend dazu gebracht wird, zurückzufließen; Montagabend werden zehn Migranten, vier Kinder „aufgegriffen“, um dann „übergeben“ zu werden.²

Je engmaschiger die Kontrolle in Tirol...

An dieser Stelle, nach Übergabe, Rückbringung, Rückschiebung, enden stets die polizeilichen Pressemitteilungen und damit in der Regel auch die Medienberichte. Zu hören ist: Das bilaterale Rückübernahmeabkommen vom Oktober 1998³, das den österreichischen Behörden eine Rückübernahme von Flüchtlingen durch Italien innerhalb von 48 Stunden garantiert, komme deshalb zur Anwendung, weil die Schutzsuchenden weiter wollten, nicht in Österreich Asyl beehrten: Sollte eine der schutzsuchenden Personen umgehend einen Asylantrag stellen, gilt die Verpflichtung zur Übernahme durch Italien zwar vorerst nicht; allerdings erzwingt dann das Dublin-System in der Regel mittelfristig eine Rückkehr in jenes Land, in dem sie die EU betreten. Gesicherte Informationen über die Wünsche der Schutzsuchenden, die auf dem Fluchtweg Brenner gestoppt werden, haben nur die Anwesenden vor Ort, die Behörden und die rasch zurückgebrachten Betroffenen.

¹ Die Recherche für den Zeitraum 1. 1. 2014 bis 15.12. 2014 fußt auf Tageszeitungen, die im Archiv der Austria Presse Agentur zugänglich sind.

² Alle Zitate aus Berichten der Austria Presse Agentur, der Tiroler Tageszeitung oder der Dolomiten.

³ Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Italienischen Republik über die Übernahme von Personen an der Grenze, BGBl. III Nr. 160/1998.

Zur Situation von Flüchtlingen in Tirol

Vielleicht wäre die Präsenz einer NGO für eine diesbezügliche Transparenz von Nutzen.

Bleibt jemand unentdeckt am Abschnitt Brenner-Kufstein und wird nach einer Durchreise durch Tirol erst in Bayern bemerkt, dann ist Österreich aufgrund des Rückübernahmeabkommens mit Deutschland zuständig für ein Asylverfahren. So gesehen ist klar: Je engmaschiger die Kontrolle durch Österreichs Polizei in den Fernzügen in Tirol, desto eher werden Asylanträge in Österreich verhindert.

Zu hören ist, dass die eilig an den Brenner zurückgebrachten Personen in der Regel in Sterzing, Franzensfeste, Bozen entlassen, ihrem Schicksal überlassen und aufgefordert werden, an ihren früheren Aufenthaltsort in Italien zurückzukehren. Manche versuchen offenbar erneut, manche mehrfach, in ein bevorzugtes Zielland nördlich des Brenners zu gelangen.

Eine kleine Wohneinheit am Brenner bietet seit Mitte Dezember kurzfristige Unterkunft für wenige Personen. Es sieht aber nicht so aus, als gäbe es politisches Interesse in Südtirol, mehr flüchtende Menschen aufzunehmen: Derzeit leben 298 AsylwerberInnen in Südtirol, in vier Heimen, davon allein 186 in einer Einrichtung, einer ehemaligen Kaserne. In Tirol sollen bis Ende Jänner 2015 weitere 400 Plätze in Heimen bereitgestellt werden; zu Jahresende 2014 sind knapp 2000 Asylwerber in 17 Heimen und einige wenige Personen privat untergebracht. Zu wünschen wäre, dass die Möglichkeiten einer selbstorganisierten Unterbringung verbessert würden.

Benedikt Sauer quert als Journalist den Brenner immer wieder

